

# Kontroverse in St. Nikolai

## Diskussion zu den Friedensgebeten mit den Beteiligten von vor 20 Jahren

**Eigentlich steht nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche nur eine weitere Gesprächsrunde im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution auf dem Programm. Und doch ist dieser Talk ein besonderer.**

Zum ersten Mal nach 20 Jahren sitzen die Pfarrer Friedrich Magirius und Christian Führer mit ihrem einstigen Kollegen Christoph Wonneberger auf dem Podium. Mit dabei auch die ehemaligen Bürgerrechtler Ute Leukert, Brigitte Moritz und Uwe Schwabe. Man will zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution – Basisgruppen unterm Dach der Nikolaikirche“ diskutieren.

Das Ereignis, um das es geht, geschah im August 1988. Bis dahin war St. Nikolai ein wichtiger Schutzraum für die Bürgerrechtsgruppen, die sich unter dem Dach der Kirche gebildet hatten. Hier konnten sie sich jeden Montag zum Friedensgebet treffen und es inhaltlich selbst gestalten; die Koordination lag in den Händen von Pfarrer Wonneberger. Weil der Kirchenleitung die Einflussnahme auf die Gestaltung der Friedensgebete mehr und mehr entglitt und die Veranstaltungen selbst immer politischer wurden, was die Stasi aufmerksam registrierte, wurden Leipzigs Superintendenten Friedrich Magirius und Johannes Richter unter Druck gesetzt, derartiges Treiben zu unterbinden. Magirius teilte Wonneberger schriftlich mit, dass er nicht mehr zuständig sei für die Gestaltung der Friedensgebete. „Wir haben eine neue Gestaltung der Friedensgebete für die nächsten Wochen vorbereitet. Meinerseits stelle ich noch einmal fest, dass Sie damit von Ihrer bisherigen Aufgabe entbunden sind“, hieß es.

Bei der jetzigen Debatte zwar nicht erwähnt, aber sehr wohl in den Kontext passen folgende Dokumente. Am 5. September 1988 verlas Jochen Läßig nach dem Friedensgebet eine Erklärung der Basisgruppen vor der Nikolaikirche: „Uns wurde die Sprecherlaubnis durch die Verantwortlichen entzogen. Entgegen der öffentlichen Beteuerung des Superintendenten und des Pfarrers dieser Kirche, dass ihre Entscheidung allein von ihrem Gewissen und vor Gott getroffen ist, wissen wir, dass massiver äußerer Druck zur Absetzung des Friedensgebetes der Gruppen geführt hat.“ In einer Notiz von einem Gespräch von Magirius im Oktober 1988 beim Rat des Bezirkes, Bereich Kirchenfragen, ist zu lesen: „Er (Magirius; *Anm. d. A.*) habe in letzter Zeit immer mehr die Erfahrung machen müssen, dass mit den Initiatoren solcher Aktionen nicht mehr zu reden ist ... Dabei werde für ihn auch die ausschließlich politisch negative Profilierung einiger Gruppen immer deutlicher.“ Auch im Fall von Pfarrer Wonneberger helfe nichts Anderes mehr, als dass man diese Leute staatlich zur Verantwortung ziehe. Läßigs Erklärung wie die Wiedergabe des Gesprächs sind seit 1994 publik, als in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig das Buch „Freunde und Feinde“ erschien.

Magirius fühlt sich nicht angeklagt: „Als Superintendent hatte ich das einzige Stück Freiraum, das es in der DDR gab, unsere Kirche, zu sichern.“ In diesem Kontext hätten er und Richter sich mit der Staatsmacht einlassen müssen. Beiden zur Seite stand Pfarrer Führer. Er führte die Friedensgebete fortan so durch, dass der Staat keine Handhabe zum Eingreifen hatte. Jesus als Etikettenschwindel sollte mit ihm nicht sein, die Entchristlichung der Friedensgebete wollte er nicht tolerieren.

Die Bürgerrechtler reden über diesen Konflikt noch immer mit Betroffenheit. Moritz: „Uns wurde von der Kirchenleitung mitgeteilt: ‚Demonstration ist keine Form‘ des kirchlichen

Zeugnisses und ‚Geht doch mit euren Anliegen in die Jugendklubs‘.“ Schwabe: „Wir fühlten uns von der Kirche im Stich gelassen, ja verraten.“ Schwabe saß im Januar 1989 zehn Tage in Haft und kam nur deswegen frei, weil die Basisgruppen in den Kirchen mobil machten und in vielen Städten der DDR Protestveranstaltungen zur Freilassung der Inhaftierten stattfanden. Das führte dazu, das Honecker selbst die Freilassung der insgesamt zehn inhaftierten Bürgerrechtler verfügte, um beim in Wien stattfindenden KSZE-Treffen nicht mit unliebsamen Fragen konfrontiert zu werden. Zwar durften Basisgruppen 1989 doch wieder die mittlerweile Montagsgebete heißende Veranstaltung mitgestalten, doch unterstanden die jetzt der kirchlichen Kontrolle. Wonneberger fällt dazu nur das Wort „Zensur“ ein. Er ist genervt von der Debatte und sagt: „Nicht noch einmal.“ Schwabe beklagt den zu späten Zeitpunkt, der jetzt stattgefundenen öffentlichen Debatte. Für ihn steht fest: „Die Konflikte um die Friedensgebete rücken die fast immer nur heroisch dargestellten Taten der Kirche für die Friedliche Revolution in ein anderes Licht.“ *Thomas Mayer*

LVZ, 10.06. 2009